

Gekaufte Häuser

Mit der Wohnungsnot sind in den Zentren auch die Hauskäufe durch neue selbstverwaltete Genossenschaften angestiegen. Am meisten läuft bisher in Basel und Zürich, wo sich Genossenschaften gebildet haben, deren Zweck über den Erwerb eines einzelnen Hauses hinausgeht.

Basel: In Erscheinung getreten sind bisher vorab die Genossenschaften «COHABITAT» (lateinisch, zu deutsch: Zusammenwohnen) und «GNISCHTER» (baseldeutsch). Wohngruppen, die Genossenschaften gründen wollen, werden beraten durch das als Verein gegründete STADTINSTITUT, Bernoullistr. 26 (061) 25'95'32

Zürich: Initiatoren, die der SP der Stadt Zürich nahestehen, haben die WOGENO ins Leben gerufen. Sie bezweckt gemäss Statuten «ihren Mitgliedern durch Bau, Finanzierung und Kauf preisgünstigen Wohnraum zu verschaffen, diesen dauernd der Spekulation zu entziehen, um selbstverwaltete, sichere und gemeinschaftliche Wohnformen zu entwickeln.» Die WOGENO umfasst fünf Häuser von privaten Verkäufern erworben. Sie zählt inzwischen rund achtzig Mitglieder, davon rund ein Drittel SP-Leute, ist aber von der SP finanziell und rechtlich unabhängig.

Weg durch die Institutionen

Anfang März 1981: Neun Erwachsene und 15 Kinder der Zürcher Gruppe «Wohnungsnot» besuchen die stadtzürcherische Liegenschaftsverwaltung (L.V.). Ohne Anmeldung, ziemlich lautstark, denn die Zeiten, in denen leises Bitten etwas fruchtete, sind vorbei. Sie wollen mit dem Chef, Herrn Erne, sprechen; die Vorzimmerdame fuchtelt mit den Händen, so geht das doch nicht. Herr Erne, aufgestört hinter seiner Verschanzung, muss eine Liste mit den Namen der Wohnungssuchenden in Empfang nehmen: Nicht die LV sei für dieses Problem zuständig, sondern das Notwohnungsamt (NWA). Und wenn solches nochmals vorkomme, rufe er die Polizei. Herr Erne ist ein gebranntes Kind. Vor einem Jahr haben Obdachlose sein Amt besetzt und dabei ist Herr Erne ein Stück Wähe an den Kopf geflogen.

Lautes Geschrei von Frauen und Kindern bringt der Gruppe einen Termin bei Herrn Abolmal ein. Weiter zum NWA: Die Beamtin, offenbar vorgewarnt, haben sich in ihren Büros eingeschlossen und als die Kinder «Häuser, Häuser» schreien, erlöschten vor lauter Schreck auch noch die Lichter. Ein mutiger Buchhalter findet sich bereit, zu verhandeln, was heisst, dass er sich für nicht-zuständig erklärt und auf die verantwortlichen Politiker verweist.

Drei Mütter übernehmen die desillusionierende Aufgabe, fürderhin mit den Institutionen zu verkehren. Stadtrat Koller lädt zu einer Sitzung im Stadthaus ein. Herr Erne ist auch wieder da. Stadtrat Kollers Vorbereitung ist eher unkonventionell: Statt Erkundigungen über leerstehende Häuser einzuziehen, hat er sich gründlich über die Wohnungssuchenden informiert. Zwei Frauen seien ja freiwillig aus einer Wohnung der städtischen Genossenschaft ausgezogen. Eine andere habe ihre Notwohnung ebenfalls freiwillig aufgegeben. Zudem seien sie bei jenem «Sauhäufeln» dabei gewesen, welcher die LV und das NWA besucht habe. Das werfe ein schlechtes Licht auf die Damen. Dann drängt es Stadtrat Koller zur nächsten Sitzung. Herr Erne lässt sich zum Versprechen hinreissen, die vorgeschlagenen leerstehenden Objekte durch seinen Herrn Würsten abklären zu lassen.

Drei andere Frauen der Gruppe resignieren: Nach den Erfahrungen mit dem NWA wollen sie sich von der Liste der Wohnungssuchenden streichen lassen. Man hat ihnen dort gesagt, auf diesem Weg würden sie sowieso keine Wohnung finden. Sie melden sich bei der Gruppe an.

Inzwischen haben auch die Medien mitbekommen, dass in Zürich in Sachen Wohnen einiges im Argen liegt. An der Klossbachstrasse erscheint eines Tages ein «Blick»-Reporter, welcher von einem Telefonatler darauf aufmerksam gemacht worden ist, dass die Frauen der Klossbachstrasse völlig verzweifelt seien und daran dächten, ihre Kinder aus dem Fenster zu werfen oder sie und sich selbst zu verbrennen. Als das Spektakel nicht stattfindet, zieht der «Blick»-Mann enttäuscht wieder ab, die Wohnungsnot aller ergibt noch keinen Knüller.

Gegen Ende des Monats hören die obdachlosen Frauen wieder von der LV. Herr Würsten bietet zwei Objekte zur Besichtigung an: Ein Rattenloch in Seebach, vier Zimmer und zwei Abstellkammern, kein Bad, keine Waschküche, das WC ausserhalb der Wohnung, befristet auf ein halbes bis ein Jahr. Die Wohnung ist für Kinder völlig ungeeignet — und wird abgelehnt. Das zweite Angebot ist ein Einfamilienhaus in Schwamendingen, mit grossem Garten, Bad und Waschmaschine, niedriger Mietzins, kinderfreundliche Umgebung. Für zwei Jahre. Eine Frau bekommt das Haus. Eine 5-Zimmer-Wohnung am lauten Staufacher, zu vergeben für ein halbes Jahr, wird abgelehnt. Den Kindern ist ein allzu häufiger Schulwechsel nicht zumutbar.

Am 1. April stehen die Leute der Gruppe Seefeld und Klossbachstrasse auf der Strasse. Die Verbandstofffabrik an der Hornbachstrasse wird besetzt. Stadtspräsident Widmer wird zu einem Besuch eingeladen. Er kommt nicht, wertet aber am Telefon: «Gond dause, was ihr da mached, isch illegal». Der hilfsbereite Herr Erne reißt Klüge wegen Hausfriedensbruch ein, denn die leerstehende Fabrik gehört der Stadt. Eine der Frauen wird vor Gericht zitiert. Dann wird das «Stumidorf» Chaotikon gebaut — und gleich wieder geräumt. Bei den Verhafteten sind auch Frauen der Gruppe «Wohnungsnot».

Der letzte behördliche Kontakt ergibt sich mit Stadtrat Koller. In einem Brief teilt er mit: der Goodwill der Stadtväter und Behörden habest mich mit der Besetzung und dem Bau von Chaotikon erschöpft. Und Herr Erne bestätigt. Schluss. Punkt.

Und was ist aus den Frauen und Kindern geworden? Eine der Frauen, L.S., lebt in einer provisorischen 4-Zimmer-Wohnung. Sie darf dort bleiben, bis das Haus abgerissen oder umgebaut wird. Inca, 1/2 Jahr geht die Suche von neuem los. U.J., die zur Zeit der Verhandlungsschwanger war, hat ihr zweites Kind inzwischen bekommen. Auch sie lebt zur Zeit in einem Provisorium. E.T. lebt mit ihrem Kind vorübergehend in einer Altwohnung. Die frühere Mieterin wohnt in einem Altersheim, ihre Möbel sind vorerst im Keller eingestapelt. Dass E.T. dort wohnen darf, verankert sie dem Mitgefühl einer Frau aus dem Quartier, die während der Besetzung der Verbandstofffabrik Hilfe anbot. Ob sie noch lange dort wohnen kann, steht noch nicht fest. Fest steht nur, dass sie bald einmal das Gerichtsurteil mit (vermutlich) einer Vorstrafe zugestellt bekommen wird. F. wohnte zuerst einen Monat in der Wohnung einer Freundin. Von dort aus fand sie ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft. Bis Ende Juni mussten sie und ihre Tochter mit einem Zimmer Vorlieb nehmen. Dann wurde überraschend ein weiteres Zimmer frei. Diese Wohngemeinschaft lebt in einem alten Haus, welches in absehbarer Zeit abgerissen wird. Die Motor Columbus interessiert sich dafür. Ware nicht ein Restaurant im selben Haus, dessen Pächter sich verzweifelt zur Wehr setzt, sässen die Leute heute bereits auf der Strasse.

Alle Frauen stehen auf der schwarzen Liste. Von der Stadt ist keine Hilfe zu erwarten. Wohl auch dann noch nicht, wenn sich Alt-Stadtspräsident Widmer schon längst in den Ruhestand in seinem schönen Haus auf dem Zürichberg oben begeben hat.

Bsitze...

(Mit Gerold Loewensberg und Peter Macher von der WOGENO sprachen Silvano Speranza und Res Strehle)

Die Wochenzeitung: Man wirft Euch vor, traditionelle SP-Besitzungspraxis zu betreiben. In der aktuellen Wohnungssituation, die viele sogenannte «illegale» Besetzeraktionen mit sich bringt, befriedigt Ihr Wohnbedürfnisse im Kleinen und nehmt aktiveren Widerstandsformen den Wind aus den Segeln.

WOGENO: Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass die Projekte der WOGENO an den Grundlagen nichts ändern. Was Ihr demgegenüber stellt — zum Beispiel Besetzen von Häusern — sind zwar gute politische Einzelaktionen, aber keine Wohnpolitik insgesamt. Zugegeben, die WOGENO für sich allein, ist auch keine Politik, sondern muss mit einer Reihe von anderen Vorstössen ergänzt werden. Auf dem Platz Zürich sind da die Möglichkeiten zwar beschränkt, gesamt-schweizerisch führt dies dann aber bis zur Frage eines neuen Bodenrechts. Die Linke muss auch pragmatisch vorgehen: Die WOGENO ist für uns ein Weg, dazu haben wir aber auch beispielsweise in der Stadt Zürich eine Initiative lanciert.

Der Vorwurf, dass Ihr die Wohnungssituation entschärfte, ist damit unbeantwortet.

Das ist letztlich eine Frage der Strategie: Auf der einen Seite die Strategie des Linderns, vielleicht die traditionell sozialdemokratische, auf der andern die Strategie des Aushängens, die bisher auch wenig Erfolg gehabt hat. Es ist gefährlich zu warten, bis sich die Situation so verschärft hat, dass es zum grossen Chlappf kommt. Das Wohnproblem in der Stadt Zürich ist ein Verteilungskampf und da hat die Linke einfach zu wenig Instrumente in der Hand, um ihren Anteil zu sichern. Um das zu ändern, müsste die Linke auch andere Wege gehen?

Das geht einfach deshalb nicht, weil härtere Widerstandsformen von der Linken nicht gemeinsam getragen werden, speziell auch nicht von der SP. Das kann man feststellen und auch zu verändern suchen, aber grundsätzlich ist das nicht zu bestreiten: Wir sind heute für härtere Kämpfe zu schwach. Früher war das anders und wir meinen nun, dass der frühere Punch genau aus jenen Genossenschaftsstrukturen heraus entstand, die wir jetzt wieder aufbauen. Da stand der Einzelne drin und war abgesichert. Wir könnten jetzt das wieder aufbauen, in die traditionellen Wohngemeinschaften einzustiegen, aber das wäre wohl der mühsamere Weg, als selber etwas Neues aufbauen. Die gesamte Linke braucht heute für ihr Veränderungsziel eine Struktur, aus der heraus die Kraft wachsen kann.

Ihr helft nun aber mit, Probleme dieses Staates zu lösen, ohne dass Ihr an der Macht in diesem Staat ausreichend beteiligt seid.

Das ist richtig. Was wir machen, sollte eigentlich der Staat machen. Wir können unsere Forderungen an den Staat aber ganz einfach nicht durchsetzen und da müssen wir es halt anders versuchen: Eine beispielsweise mit der Initiative, dem Wohnungsbau 50 Mio. Franken zur Verfügung zu stellen, wobei wir uns allerdings auch da im Klaren sind, dass die 50 Mio. von den Bürgerlichen verteilt werden und schliesslich ein kleiner Kuchen übrig bleibt für das, was wir meinen.

Eure Initiative ist ein Langzeitprogramm und wird vorhanden nichts verändern. Kurzfristig stösst aber der Widerspruch, der Euch als Linke innerhalb der SP versteht und trotzdem mit der WOGENO dieselben Mischelien durchbricht.

Wir verhalten uns gegen das Wort «Mischelien», das hat in diesem Zusammenhang nichts zu suchen. «Langzeitprogramm» im Zusammenhang mit unserer Initiative ist sicher richtig. Aber auch die Leute, die jetzt leben, möchten eine Hoffnung haben und denen nützt es nichts, wenn sie das Gefühl haben, in dreissig Jahren werde sich was ändern. Und das erst noch als «Vielleiht», wenn wir an das Bodenrecht und andere Initiativen denken. Gerade in

Die Linke kauft Häuser. Seit die Theorie wieder in den Büchergestellen versorgt ist, wird Praxis gelebt. Und seither erlebt sie die Widersprüche nicht mehr einfach «dialektisch» oder «antagonistisch» oder wie immer das hiess, sondern am eigenen Leib: Linke Gruppchen streiten sich nicht mehr um Analysen sondern um Häuserpreise, strengen sich bei passenden Objekten gegenseitig die Preise in die Höhe und schoppen schliesslich irgendeinem Lumpenspekulanten ein paar Tausender mehr in den Hintern als selbst unter Spekulanten üblich. Andere — besetzte — Objekte kriegen sie besonders billig, weil ein ängstlicher Spekulant um seinen Ruf fürchtet, während sich «linke» Käufer schon irgendwie mit der Besetzerzene arrangieren können. Meinen sie.

Die traditionellen Hausgenossenschaften müssten aber eine kleine Warnung sein: Zu Beginn dieses Jahrhunderts gegründet sind sie heute im Umgang mit den Mietern



Bild Klaus Rosza, Photoscene

diesem Punkt erfüllt aber unsere Arbeit in der WOGENO eine wichtige Funktion.

Das ist ein Pflichterteil. Nein, das zeigt doch bereits in der jetzigen Situation Wege auf, die etwas bringen. Häuserbesetzen bringt da nicht mehr, im Gegenteil.

Soll das heissen, dass man sich im Augenblick den Sachzwängen in der Wohnbaupolitik beugen muss? Nein, das sagen wir nicht. Es gibt die politische Ebene, auf der wir arbeiten und für Veränderungen kämpfen.

Dann wiederholen wir unsere Frage: Wie kann man auf der politischen Ebene für echte Veränderungen kämpfen und in der Praxis die allherkömmlichste Sache machen, die gerade noch drin liegt, um einiger Gruppen eingebunden waren in die gleiche Sache und gemeinsam marschieren sind, fehlen heute solche Gefässe, aus denen heraus starke Aktionen entstehen können. Die sind überhaupt Voraussetzung für Veränderungen. Wir meinen ganz konkret, wenn einer die Arbeit verliert, kann er nach zwei Monaten den Mietzins nicht mehr zahlen. Dann

steht er auf der Strasse. Wenn er in einem WOGENO-Haus wohnt, dann weiss er, dass hinter ihm eine Organisation steht, die ihn solidarisch unterstützt, kann sich auch leisten ein paar Monate den Zins nicht zu zahlen und wagt, im Betrieb ganz anders aufzutreten. Das kann politisch seine positiven Auswirkungen haben, begünstigt Widerstand gegen die herrschenden Normen.

Euer Versuch mit der WOGENO droht stattdessen, eine eigene Normierung durchzusetzen: Einbezogen wird ein klar bestimmter Personenkreis, der ähnlich ist wie Ihr selber und von denen klar ist, dass sie arbeiten müssen um zu wohnen. Das erinnert doch an das alte Genossenschaftsdenken. Es ist aber kein Zufall, dass sich diese alten Wohngemeinschaften in eine Form entwickelt haben, wo nichts mehr stimmt. Das müsste doch ein Anstoss sein, das Vorgehen grundsätzlich, auch in Eurer Politik in den Gremien, neu zu überdenken.

Wir waren im Frühling in Wien und haben dort gesehen, dass gerade aus dem Austromaxismus, der auch in solchen Strukturen entstanden ist, Widerstandsformen gegen den bürgerlichen Staat entstanden sind, die sehr breit abgestützt sind und über

das hinausgehen, was heute in Zürich läuft. Die Änderung der Politik kann nur auf einem solchen Hintergrund erfolgen.

Der Widerspruch bleibt, dass Ihr im Moment, wo Ihr Häuser kauft, gezwungen seid, Spekulationspreise zu bezahlen. Ihr seid dann auch automatisch in der Rolle, wo Ihr über andere Mieter verfügt. Ob das dann Genossenschaftsstrukturen sind oder nicht, ist jenem Mieter gleich, der nicht an den Genossenschaftsstrukturen teilnehmen kann oder will.

Da haben wir ganz klar Probleme. Es kann Situationen geben, wo wir dem, was wir eigentlich wollen, untreu werden müssen. Wir versuchen aber die Möglichkeiten mit dem Kündigungsaufschub so weit, wie es in diesem Clinch drin möglich ist, auszuschnöpfen.

Längere Kündigungsfristen? Konkret sieht das so aus: Wenn wir ein Haus kaufen, dann gibt es Mieter, die finden das gut und machen mit, und andere, die wollen nicht mitmachen. Wir sind bereit, sämtliche Hausbewohner als Genossenschaftler zu akzeptieren und offerieren ihnen, mitzumachen um im Haus zu bleiben. Das ist eine ganz andere

...oder Bsetze?

pingeliger als jede Immobilienverwaltungsgesellschaft. In den nach aussen farbiger renovierten alten Genossenschaftssiedlungen bewegt sich nichts mehr ausser die Mietpreise. In den neuen Genossenschaftshäusern bahnt sich Ähnliches an: Sicherheit vor Risiko, Jagdszenen auf Andersdenkende und Anderslebende, Renovieren und Putzen in den eigenen vier Wänden, Sturm im Innern, Ruhe nach draussen. Drinnen nicht für draussen, sondern gegen draussen.

Ein Theoriebuch ist möglicherweise zu schnell in den Gestellen versorgt worden. Es ist eines dieser blauen, gebundenen, rund hundertjährig und drin steht neben elf anderen — zeitlos beliebten — Thesen dieses: Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Alltagsnäher: Hauseigentümer ist Hauseigentümer, Besitzer ist nicht Besitzer. Autonomie beginnt nicht in den eigenen vier Wänden; sie hört womöglich dort auf.

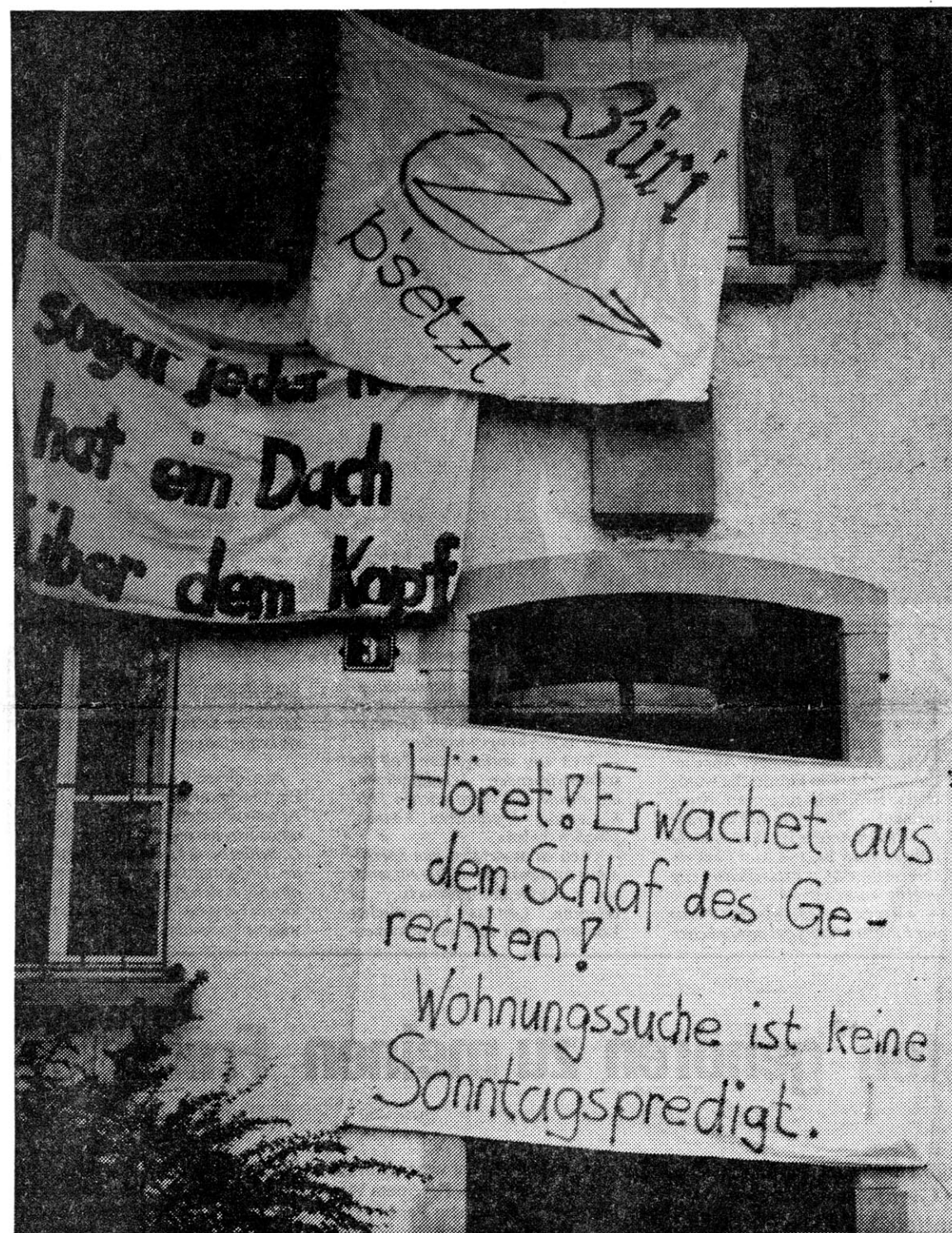


Bild Gertrud Vogler, Photoscene

Voraussetzung als sie die kleineren Wohngemeinschaften haben, die ein Haus kaufen und die alten Mieter herauswerfen. Wir sichern damit einzelne Häuser als Wohnraum und entziehen sie der Spekulation. Dabei müssen wir uns natürlich beim Kauf trotzdem teilweise den Gesetzen der Spekulation fügen und diese Preise bezahlen. Wir haben aber auch andere Angebote erhalten.

Unsere drei Grundätze sind: 1. Alle Bewohner sollen drinbleiben und Genossenschaftler werden. 2. Wir suchen Hilfe für jene, die den Genossenschaftsanteil nicht aufbringen können. Den Alten hilft dabei die Stadt Zürich und übernimmt die Zahlung, wenn es sich jemand finanziell nicht leisten kann. Bei den Jungen ist das Problem nicht gelöst: Mit unserer Initiative wollen wir dieses Problem auch für die Jüngeren lösen. Im Augenblick wollen wir dort, wo jemand den Genossenschaftsanteil nicht aufbringen kann, konkrete Abmachungen treffen, das beispielsweise ein Hunderter pro Monat einbezahlt wird. 3. Jenen Mietern schliesslich, die sich überhaupt nicht für das WOGENO-Projekt interessieren, werden wir langfristig kündigen. Wir werden dabei die Fristen länger ansetzen, als es das Gesetz vorschreibt.

Und allenfalls auch polizeilich räumen lassen? Wenn es ein Einzelfall ist, sicher nicht, aber im Extremfall könnten wir es uns vorstellen.

Das zeigt doch, dass Ihr als Initiatoren dieses Projekts — wie vieler anderer SP-Projekte auch — notwendigerweise in den Widerspruch geratet, an diesem Staat nicht ausreichend beteiligt zu sein und trotzdem seine Probleme lösen zu wollen. Auf diesen Widerspruch wird schliesslich mit den genau gleichen schweissbürgerlichen Mitteln reagiert. Ihr solidarisiert Euch teilweise mit Hausbesetzern und holt dann aber selbst die Polizei, um Eure besetzten Wohnungen zu räumen.

Dieser Fall ist bis jetzt bei uns nicht eingetreten und wir müssen uns wohl dann darüber unterhalten, wenn er tatsächlich eintreffen sollte. Das Problem stellt sich für uns erst massiv, wenn ein ganzes Haus besetzt wäre und dadurch unsere Reservieren abgebaut werden müssten. Wir haben keine grossen Reservieren, aber in einem solchen Fall würden wir unsere ganzen Reservieren aufbrauchen, um ein solches Problem zu lösen. Irigendwann würde aber sicher der Punkt eintreten, wo wir auch räumen lassen. Wir sind uns dieses Widerspruchs bewusst, meinen aber,

dass wir im Vergleich zur kleinen Hausgenossenschaft viel eher in der Lage sind, ein solches Problem zu lösen. Wir können da viel flexibler sein, haben viel weniger Druck auf ein einzelnes Haus und werden auch nie — wie vermutlich ein Grossteil der kleinen Hausgenossenschaften — ein Haus am Spekulationsmarkt verkaufen und den Mehrwert einstreichen. Unsere Häuser sind der Spekulation entzogen.

Immerhin stellt auch Ihr die Mieter eines gekauften Hauses vor die Alternative, entweder Zwangsgenossenschaftler zu werden und eine Mietzinsserhöhung zu schlucken — weil Ihr ja das Haus zu einem vergleichsweise hohen Preis gekauft habt —, oder herausgeknallt zu werden.

Der häufigere Fall ist und wird bleiben, dass wir ein Haus kaufen, wo Leute drin wohnen, die selbst an uns herangetreten sind, weil sie gewusst haben, dass das Haus verkauft wird und weil sie in diesem Haus wohnen bleiben wollen. Wir erwerben das Haus dann konkret für jene Leute, die im Haus wohnen bleiben wollen, um ihnen ihren Wohnraum zu sichern.

Warum beschränkt Ihr Euch nicht auf diese Fälle?

Wir haben bis jetzt nur ein Haus anders gekauft. Dort hat aber der Verkäufer selbst mit den Mietern gesprochen und einen Preis verlangt, der keine Mietzinsserhöhung notwendig machte. Aber grundsätzlich wollen wir nur Häuser kaufen, nachdem wir selbst mit den betroffenen Mietern geredet haben und sie mit unserer Kaufabsicht grossmehrfach einverstanden sind. Es ist viel einfacher, Probleme im voraus zu regeln als im nachhinein.

Ist es richtig, dass Euch die Stadt Liegenschaften angeboten hat? Ja. Die Stadt Zürich hat uns drei Häuser zum Kauf angeboten und ein Grundstück zu Neubau. Das Grundstück liegt an der Sihlhochstrasse und die Überbauung wird an dieser Lage nicht zustande kommen. Dabei sind wir jedoch darauf gestossen, dass seit 1963 in der Stadt Zürich ein 8.5 Mio.-Kredit für Jugendwohnungen besteht, von dem erst ganz wenig Geld gebraucht wurde, ein Riesenskandal. Mit diesem Geld könnte man Wohngemeinschaften für Jugendliche finanzieren und käme damit aus dem Clinch heraus, dass sich viele Jugendliche keine Wohnung leisten können. Das Geld ist da — es war darüber eine Volksabstimmung — und wird nun einfach nicht gebraucht.

Wie beurteilt Ihr die Chancen, dieses Geld nun endlich flüssig zu machen? Wer verwaltet das? Das liegt beim Finanzamt. Wir haben jetzt Anstrengungen unternommen, das Geld locker zu machen. Wir haben den anderen Jugendinitiativen mitgeteilt, dass dieses Geld eigentlich da wäre und hoffen, dass sie mit uns zusammen Druck auf eine rasche Auszahlung hin ausüben. Wir stellen uns vor, mit dem Geld an Jugendlichen billige Wohnungen finanzieren zu können.

Beabsichtigt Ihr, das von der Stadt angebotene Grundstück zu übernehmen? Dieses städtische Grundstück hat eine unheilvolle Vorgeschichte: Wir haben Kenntnis davon erhalten, dass um diesen Landerwerb eine Mischelien im Gange war. Nun bot die Stadt das Grundstück unter der Sihlhochstrasse uns an in der Annahme, dass wir — der Lage wegen — ablehnen. Dann hat die Stadt unsere Absage als «Beweis», dass man dort keine Wohnungen bauen kann und lässt sie abstecken. Wir werden aber darauf bestehen, dass auch an dieser Lage Wohnraum entstehen muss und dass gleichzeitig das Verkehrsproblem neugegangen wird. Deshalb waren wir gezwungen auf das Angebot der Stadt einzusteigen und zu sagen: Wir wollen auch an diesem schlechten Ort etwas realisieren. Jetzt will aber die Stadt nicht mehr.

Ihr wollt damit eine Liegenschaft anbieten, in der die Stadt bisher Notwohnungen eingerichtet hätte? Ja. In diesem Haus sind heute fünf Notwohnungen. Wir haben jetzt von der Stadt Auktionsvertrag, was nach einem Verkauf mit diesen Mietern passiert. Ausserdem hat uns die GV beauftragt, diese Mieter selbst abzuklären. Dann werden wir im Vorstand und GV entscheiden, ob diese Bedingungen akzeptabel sind. Grundsätzlich sind wir aber bereit, auch Mieter der Stadt zu übernehmen.

In diesem Vorgehen der Stadt zeigt sich doch auch die Funktion, die man Euch gibt: Ihr sollt die Sozialhebel sein und helfen auch gleich der Stadt, das Wohnproblem zu lösen.

Besetzte Häuser

Basel: Auszugsboykott an der Birnmassgasse 14 (Besitzer: Privatmann Schnyder; seit 25. Mai Klingelbergstr. 31 (ab 25. Mai, Besitzer H.P. Zink), Metzgerstr. 59/61 (Architekt Spindler), Offenburgerstr. 33/55 (Habefto AG); seit 16. Juli Offenbachstr. 57 (Habefto AG).

Bern: Haus am Norweg 6 seit Mai 81, ca. 20 Leute (Besitzer M. Cuvit, Minerva Finanz AG); Haus am Zielweg (vorübergehend); weiteres ab 1. Nov. Nähere Infos bei der AG Wohnungsnot.

Genf: Seit bald 10 Jahren über 200 stadteigene Häuser im Quartier «Les grosses» besetzt. Ursprünglich Überbauungs-, dann Parkplatzprojekt; bisher keine Legalisierung durch Verträge.

Lausanne: rund 20 Häuser besetzt.

Zürich: Haus in Oerlikon von Alkis besetzt; im weiteren braut sich in naher Zukunft allerhand zusammen...

(Weitere Mieteraktionen fanden statt in Luzern, Sion und Wädenswil.)

Wer hat uns verraten...

Seit der Venedigstr. feiert die Besetzerzene in Zürich sporadisch aber unerschütterlich ihre Misserfolge.

Diverse Versuche, der AJZ-fixierten Bewegung mit einer Wohnungsnotkampagne aufzusitzen, zeigten sich als verfrühtes und daher erfolgloses Unterfangen. Immerhin, zum Bluff freies. Der Stadtrat, kopflos die Mobilisierungskraft der Besetzer überschätzend, liess sich zu seinem peniblen Hilferuf hinreissen. Un die WOGENO, als einzige, blieb eine Antwort nicht schuldig. Ein zwölfseitiges Statutenpäcklein hatte sie vorzuweisen, worin sich das Wundermittel gegen die drohende Eskalation auf dem Wohnungsmarkt verbirgt. «Genossenschaft heisst es: die Häuser sollen den Mietern gehören, also uns, selbstverwaltet sollen sein und Spekulation ist auch keine mehr dabei. Tönt ja nicht schlecht. Ein richtig netter reformistischer SP-Vorstoss. Aber...

Wieso gerade jetzt? Wieso rechnen sich die WOGENO-Spiter die Köpfe über Häuserfinanzierungsplänen heiss (und zahlen auch prompt für das erst erworbene Haus einen saftigen Spekulationspreis), und vergessen dabei, radikale Selbsthilfeaktionen, wie die Besetzungen vom Rehbühl, Schindlergütli, von der Kirchgasse, Freigutstrasse, und-und-und, die Auszugboykotte, die Neustädler Chaotikon 1-100, zu unterstützen? Wieso diese punktuellen stillen Mischelien, anstatt des lautstarken Protestes in allen politischen Gremien um jedes vom Apartmentbau, von der Luxusrenovation, vom Abbruch bedrohte Haus?

Wird hier nicht bewusst einer radikaleren Bewegung das Wasser abgelaufen und deren Kriminalisierung von rechts stillschweigend unterstützt?

Die Stadt hat natürlich Freude. Prompt bietet sie der WOGENO ein Stück Land zum Bauen an. Unter der Sihlhochstrasse. Zudem will sie eine Liegenschaft in Altstetten, zur Zeit noch belegt mit städtischen Sozial- und Notwohnungen, loswerden. Unter dem unzweifelhaft diskutablen Motto «Wir sind die besseren Besitzer als Herr Messerli, Herr Steiner und Konsorten», müssen die finanziell miserabel stehenden Sozialfälle rausgeschmissen werden. Leider. Denn die obligatorische Mitgliedschaft ist teuer, mindestens Fr. 3000.- muss der/die Genossenschaftler/in hinblättern.

Das Zielpublikum der WOGENO entspricht zwar nicht unbedingt den Anforderungen herkömmlicher Vermieter, Bedingungen hat es aber auch zu erfüllen. Nichtformulierte Bedingungen, die sich an neuen, linksliberalen Normen orientieren. Inwiefern sich Altes und Neues unterscheidet, wird sich zeigen.

Wohnständige Mieter sind hier und dort hoch in Kurs. Etwas die propere Studentin-WG mit Vatis Vorstoss für die Genossenschaft, oder das linke etablierte Lehrerehepaar. Natürlich hat man auch an die Arbeiter-, Beamtenkleinfamilie mit Kinderwunsch gedacht, das hat Tradition. Die besten Chancen für eine heile, bidere Welt, in der es selbstverständlich scheint, dass wer wohnen will, auch arbeiten muss. Oh systemimmanenter Schwammender Genossenschaftsmief!

Und jetzt steht eine neue Generation auf der Strasse, die wenig Lust hat, für die 3000 Eier arbeiten zu gehen. Lust zum Wohnen, weit weg von den Eltern, hat sie. Ein nettes Polsterchen auf der Bank nicht. Die WOGENO's kriegen ein langes Gesicht, als sie so eine Bande in besetztem teuer erstandenem Haus entdeckt. Leute, die an der Generalsammlung über die Votanten lachen, der von verbesserter Kommunikation in der Hausgemeinschaft redet und damit das gruppendynamische Stegenhausputzen und den gemeinsamen Gang zum Klempner meint.

Der Gemeinschaftsbegriff scheint in WOGENO-Kreisen allzu locker gehandhabt zu werden. Trägt nicht gerade die WOGENO-Struktur zur Zersetzung der Kommunen-, der WG-Idee bei? Wenn Freunde nicht mehr zusammenwohnen können, weil dem einen die Einstiegskosten nicht in den Kram passen. Wenn freiverwendete Plätze in Wohngemeinschaft von der linken Zimmervermittlung zu fallig besetzt werden müssen, weil die Einschreiblisten schon so lange sind, und die Genossenschaftler auf ihr Recht pochen.

Die WOGENO steckt in einer kniffligen Situation. Bereits muss sie sich mit «querulierenden Jugendlichen» herumschlagen, die einem derartigen Genossenschaftsgedanken misstrauisch gegenüberstehen. Was gedenkt sie mit den unliebsamen schwarzen Schafen anzufangen, wenn die alten Mieterverträge abgelaufen sind? Ein ketzerischer Schlussgedanke: Was passiert, wenn plötzlich WOGENO-Häuser besetzt werden? Anouk Meier, WOGENO-Hausbewohnerin

Diese dämpfende Funktion hat die Stadt selber übernommen und aktive Leute der Bewegung in eigenen Häusern untergebracht. Man muss sich allerdings bewusst sein, dass sie das solange macht, bis die Bewegung geschwächt ist. Dann wird der freie Wohnraum wieder an andere verteilt, an Studenten zum Beispiel, je nachdem, wo der Druck am grössten ist. Man darf sich da keine Illusionen machen. Nein, wir sehen den Hintergrund dieser Angebote der Stadt anders: Die Stadt verfolgt seit einiger Zeit die konkrete Politik, Liegenschaften aus dem Finanzvermögen abzustossen. Im Grunde ist das abzulehnen, aber die Stadt will langfristig vorab die grossen Siedlungen verschaffen.

Das heisst, wenn sie Euch verkauft, legitimiert sie auch Veräusserungen an andere? Teilweise, ja. So ist beispielsweise der freisinnige Stadtratskandidat Fahrner selbst Präsident einer Genossenschaft und seit längerem an einem Landerwerb von der Stadt interessiert. Wir selber sind aber nur bereit, Land von der Stadt zu den Bedingungen des gemeinnützigen Wohnungsbaus mit einer konkreten Aufgabe zu übernehmen. Das würde heissen, wenn wir die von der Stadt angebotenen Häuser übernehmen — und es sind Leute in der WOGENO, die das Geld dazu hätten —, dann nur, um konkret besetzte billigen Wohnraum für Jugendliche zu schaffen.